



Niederschrift

38. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 21.06.2018
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:00 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Matthias Lack	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
--------------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Marcel Piest	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Herr Arndt Sändig	DIE aNDERE	ab 18:05 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen
--------------------	--------------------------

sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker	CDU/ANW	
Herr Tino Henning	DIE LINKE	
Frau Elke Lentz	SPD	
Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	
Herr Stefan Matz	DIE LINKE	
Frau Christel Pflug	Seniorenbeirat	
Herr Holger Wolinski	SPD	ab 18:15 Uhr
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	

Beigeordnete

Herr Bernd Rubelt	Beigeordneter Geschäftsbereich 4
-------------------	-------------------------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
---------------------	-----------------------	--------------

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	entschuldigt
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	nicht entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Carola Walter	Bürgerbündnis	entschuldigt
--------------------	---------------	--------------

Gäste

Herr Dr. Klaus Schmidt	(Bürgerinitiative "Wäldchen 17") Rederecht zum TOP 3.1
Herr Erik Wolfram Frau Kerstin Zwirn	(Bereich Stadtentwicklung) zur TOP 3.2, 3.3 (Stadtkontor) zu TOP 3.5

Protokoll:
Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.05.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Grünkonzept Hermannswerder
Vorlage: 18/SVV/0266
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
SBV
(2. Lesung)
- 3.2 Schutz der Waldgebiete in Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0336
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV

- 3.3 Mehr Bäume für Schulen und Kitas
Vorlage: 18/SVV/0352
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV, KOUL (ff), B/Sp., WA KIS
- 3.4 Sitzungskalender 2019
Vorlage: 18/SVV/0381
Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der
Stadtverordnetenversammlung
alle Ausschüsse und alle Ortsbeiräte
- 3.5 Enderbericht Vorbereitende Untersuchungen für das Gebiet an der Nuthestraße
zwischen Friedrich-Engels-Straße und Horstweg gemäß § 165 Abs. 4 BauGB
Vorlage: 18/SVV/0374
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.05.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

In der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 24.5.2018 wird auf Hinweis, auf Seite acht im letzten Absatz das fehlende „t“ im Namen von Frau Lentz ergänzt. Die so korrigierte Niederschrift wird mit 5:0:1 Stimmen bestätigt.

Zur Tagesordnung gibt es keine Hinweise. Sie wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht

Zum TOP 3.1 "Grünkonzept Hermannswerder" (DS 18/SVV/0266) beantragt die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Rederecht für Herrn Dr. Klaus Schmidt,

Vertreter der Bürgerinitiative "Wäldchen 17".

Dem Antrag auf Rederecht wird einstimmig zugestimmt.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Grünkonzept Hermannswerder**

Vorlage: 18/SVV/0266

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

SBV

(2. Lesung)

Der Vorsitzende eröffnet die zweite Lesung.

Herr Dr. Schmidt nimmt als Vertreter für die Bürgerinitiative „Wäldchen 17“ sein Rederecht wahr. Anhand einer Karte verdeutlicht er den Standort des betroffenen Wäldchens (Flurstück 17), für dessen Erhalt die Bürgerinitiative eintritt. Es handelt sich hierbei um das Grundstück, auf dem auch die Wagenhausburg steht. Der betroffene Wald sei noch nicht kartiert, auch nicht bei der Landesforstbehörde, erfülle aber nachweislich die geforderten Bedingungen, um als solcher aufgenommen und geführt zu werden. Da das Grundstück veräußert werden soll, bestehe die Gefahr, dass die Fläche bebaut und die Rodung des Waldes vorgenommen wird. Die Bürgerinitiative ist grundsätzlich nicht gegen eine Bebauung des betroffenen Grundstücks, das Wäldchen solle jedoch erhalten bleiben. (eine Zusammenfassung mit Kartenmaterial liegt diesem Protokoll an)

Herr Jäkel bringt die neue Fassung des Antrages ein und erläutert, dass hiermit unter anderem dem Wunsch der Verwaltung, den Antrag hinsichtlich des Standortes zu präzisieren, entsprochen worden ist. Aufgenommen wurden zudem der besondere Schutz von Altbäumen sowie die Festlegung, den Auslobungstext des Vergabeverfahrens vor dessen Beginn den betroffenen Ausschüssen vorzustellen.

„Das städtebauliche Grünkonzept für die Grundstücke in der Mitte der Halbinsel Hermannswerder gegenüber der Anlegestelle der Seilfähre, die laut Hauptausschuss einer Verwertung zugeführt werden sollen, ist den Ausschüssen für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung sowie für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr bis September 2018 vorzulegen.

Bei der Vergabe der 2012 zur Vermarktung vorgesehenen Grundstücke auf Hermannswerder ist das Anliegen eines erhöhten Grünanteils unter besonderer Berücksichtigung des Altbaumbestandes verbindlich zu verankern.

Der Auslobungstext des Vergabeverfahrens ist vor dem Beginn des Verfahrens den Ausschüssen SBV und KOUL vorzustellen.“

Herr Jäkel informiert, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr dieser neuen Fassung einstimmig zugestimmt hat. Er bittet auch im hiesigen Ausschuss um Zustimmung.

Der Ausschussvorsitzende stellt die neue Fassung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Das städtebauliche Grünkonzept für die Grundstücke in der Mitte der Halbinsel Hermannswerder gegenüber der Anlegestelle der Seilfähre, die laut Hauptausschuss einer Verwertung zugeführt werden sollen, ist den Ausschüssen für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (KOUL) sowie für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (SBV) bis September 2018 vorzulegen.

Bei der Vergabe der 2012 zur Vermarktung vorgesehenen Grundstücke auf Hermannswerder ist das Anliegen eines erhöhten Grünanteils unter besonderer Berücksichtigung des Altbaumbestandes verbindlich zu verankern.

Der Auslobungstext des Vergabeverfahrens ist vor dem Beginn des Verfahrens den Ausschüssen SBV und KOUL vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.2 Schutz der Waldgebiete in Potsdam

Vorlage: 18/SVV/0336

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und begründet ihn. Ziel sei die Schaffung eines Gesamtüberblicks über die bestehenden Waldflächen im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) inklusive ihrer Eigentümer, unter Beachtung der geltenden Datenschutzregelungen.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) informiert über bereits vorliegende Waldfunktionskartierungen, die wie die Beratung der Waldeigentümer gemäß Landeswaldgesetz den Forstbehörden unterstehen. Diese werden grundsätzlich bei allen städtischen Planungen, von denen Waldflächen betroffen sein können, beteiligt. Die Verwaltung schlägt deshalb vor, gemeinsam mit der Oberförsterei Potsdam geeignete Waldausgleichsflächen im Stadtgebiet zu suchen und inklusive jeweiligem Steckbrief zusammenzustellen. Über die Ergebnisse könne im Mai 2019 berichtet werden. Die Resultate können in das Stadtentwicklungskonzept aufgenommen werden.

Hierfür empfiehlt die Verwaltung, den Antrag wie folgt neu zu formulieren:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit der Oberförsterei Potsdam im Stadtgebiet geeignete Flächen für den Waldausgleich unter besonderer Berücksichtigung stadteigener Grundstücke zu ermitteln und in Steckbriefform aufzubereiten. Über das Ergebnis ist der

Stadtverordnetenversammlung im Mai 2019 Bericht zu erstatten.
Das Ergebnis soll in die Fortschreibung des Integrierten
Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) einfließen.“

Frau Hüneke übernimmt den Änderungsvorschlag der Verwaltung mit der Ergänzung um die Einschränkung „in einem ersten Schritt“.

Herr Jäkel führt aus, dass eine erste Berichterstattung, nämlich über bereits vorliegende Konzepte und Kartierungen, durchaus im Oktober 2018 erfolgen sollte. Dies sollte als erster Teil des Antrags aufgenommen werden. Als zweiter Teil könne dann der Vorschlag der Verwaltung folgen, den er befürwortet.

Herr Linke schließt sich seinen Vorrednern an und bekräftigt den Wunsch einer ersten Berichterstattung im Oktober 2018. Hier sollten in jedem Fall die städtischen Waldflächen und deren Zustand aufgezeigt werden.

Es ergeht die Klarstellung von Frau Hüneke, dass hier alle Waldgebiete im gesamten Stadtgebiet der LHP gemeint sind.

Der Ausschussvorsitzende stellt die folgende neue Fassung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird mit folgenden ersten Schritten zur Stärkung des Waldbelanges im gesamten Stadtgebiet der LH Potsdam bei der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes beauftragt:

- 1. Vorlage der vorhandenen Waldkartierungen etc. in den Ausschüssen für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (KOUL) und für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (SBV), Termin: Oktober 2018**
- 2. Ausweisung der für Wald geeigneten Ausgleichsflächen, unter besonderer Berücksichtigung stadteigener Grundstücke, in Abstimmung mit der Oberförsterei Potsdam. Über das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2019 zu berichten.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.3 **Mehr Bäume für Schulen und Kitas**

Vorlage: 18/SVV/0352

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV, KOUL (ff), B/Sp., WA KIS

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die erste Lesung.

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und begründet ihn. Zwar sei er im Werksausschuss des Kommunalen Immobilien Service und im Ausschuss für Bildung und Sport als durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt worden, im hiesigen Ausschuss soll der Antrag dennoch behandelt und abgestimmt werden.

Herr Jäkel hält das Wort „vorrangig“ im ersten Absatz für problematisch. Hierfür sollte eine andere Formulierung gefunden werden, zum Beispiel „nach Möglichkeit“.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) plädiert dafür, das Wort „vorrangig“ im Text zu belassen und statt seiner Streichung dem ersten Satz anzufügen, „, sofern keine geeigneten Flächen auf dem Eingriffsgrundstück vorhanden sind“.

Herr Linke bringt den Ergänzungsantrag für die Fraktion DIE aNDERE ein.

Nach dem ersten Absatz soll eingefügt werden:

„Hierfür sind in erster Linie phänologische Zeigerpflanzen zu verwenden.“

Der zweite Absatz wird durch den Satz, „Phänologische Gärten sollen dabei ermöglicht werden.“ ergänzt.

Phänologische Beobachtungen seien wichtiger Bestandteil des Klimawandelmonitorings. Für Schüler- und Lehrerschaft bereichernd, kann durch eine solche Beobachtung das Thema Klimawandel in den Unterricht integriert und für Schülerinnen und Schüler erlebbar gemacht werden.

Eine Liste der Zeigerpflanze kann den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Frau Hüneke befürwortet besonders den bildungsorientierten Aspekt der Ergänzung der Fraktion DIE aNDERE und übernimmt sie in Teilen.

Herr Jäkel nimmt Bezug auf die Ergänzung der Fraktion DIE aNDERE und warnt davor, den Antrag zu absolutistisch zu fassen.

Herr Henning weist darauf hin, dass gerade Schulgelände besondere Anforderungen an ihre Gestaltung zu erfüllen hätten (Sammelplätze, Sichtachsen zur Wahrung der Übersichtlichkeit, etc.). Bäume könnten hier nicht wahl- und zahllos gepflanzt werden.

Herr Rietz denkt nicht, dass es hier zu einer Überpflanzung kommen kann, da Bepflanzungen von Schulgeländen nur mit Zustimmung der Schulkonferenz vorgenommen würden.

Herr Piest bekräftigt die Aussage von Herrn Rietz und merkt an, dass nicht alles in diesem Beschluss geregelt werden müsse, vieles sei durch die gängige Praxis bereits abgedeckt.

Der Ausschussvorsitzende schließt die erste Lesung.

Der Antragsteller wird gebeten, den Antrag, der heutigen Diskussion entsprechend, neu zu formulieren und den Ausschussmitgliedern in Vorbereitung auf die zweite Lesung zur Verfügung zu stellen.

Im Nachgang zur Sitzung übermittelt der Antragsteller folgende geänderte Fassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~zu veranlassen~~ **dafür Sorge zu tragen**, dass die bei öffentlichen Baumaßnahmen angeordneten Ersatzpflanzungen von Bäumen vorrangig auf dem Gelände von Kitas, Schulen oder Sportanlagen erfolgen, **sofern es auf den betroffenen Grundstücken nicht möglich ist**.

Hierfür sind in erster Linie phänologische Zeigerpflanzen zu verwenden. (s. Anlage)

~~Bei der Neu- oder Umgestaltung von Schulhöfen, Kitagärten oder Sportanlagen ist explizit dafür zu sorgen, dass Baumpflanzungen erfolgen bzw. vorhandene Bäume nach Möglichkeit erhalten bleiben.~~

Zusätzlich ist das Baumkonto der Stadt heranzuziehen, um weitere unerfüllte Ausgleichsaufgaben aufzunehmen.

zu 3.4 **Sitzungskalender 2019**

Vorlage: 18/SVV/0381

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
alle Ausschüsse und alle Ortsbeiräte

Es erfolgt die Klärung einiger Rückfragen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Den Sitzungskalender 2019 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.5 Endbericht Vorbereitende Untersuchungen für das Gebiet an der Nuthestraße zwischen Friedrich-Engels-Straße und Horstweg gemäß § 165 Abs. 4 BauGB

Vorlage: 18/SVV/0374

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung (Mitteilungsvorlage)

Frau Zwirn (Stadtkontor) stellt die Mitteilungsvorlage vor und geht anhand von Kartenmaterial näher auf folgende Thematiken ein:

- aktuell bestehende Mängel und Defizite
- Nutzungskonzept
- Maßnahmenplan
- Abgrenzungsvorschlag

Sie erläutert ausführlich eine mögliche Neuordnung des Gebietes, wodurch bestehende Nutzungskonflikte beseitigt werden könnten.

Die Vorbereitenden Untersuchungen für das Gebiet an der Nuthestraße zwischen Friedrich-Engels-Straße und Horstweg sind mit der Fertigstellung des Endberichts abgeschlossen.

Auf Nachfragen der Mitglieder gehen Frau Zwirn und Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) ein.

Besonders wichtig ist den Mitgliedern hierbei einhellig die Sicherung der Kleingartenanlage Neuendorfer Anger, die der Neuordnung des Gebietes nicht zum Opfer fallen dürfe.

Herr Wolfram stellt klar, dass die gesamte Sparte Angergrund aufgrund ihrer Lage von den hiesigen Überlegungen nicht betroffen ist.

Herr Jäkel äußert sich hinsichtlich einer im Zuge der Neuordnung des Gebietes beabsichtigten Beseitigung einer Anbindung zur Nuthestraße kritisch. Falls das so vorgesehen ist, hält er das für kontraproduktiv.

Herr Henning äußert sich kritisch zu eventuellen neuen Durchwegungen des Gebietes, die künftig erfahrungsgemäß weitere Begehrlichkeiten der Bebauung wecken dürften.

Frau Zwirn geht auf diese Bedenken ein und versichert, dass nur auf bereits vorhandene Wege zurückgegriffen werden soll. Eine Neuschaffung von Durchwegungen sei nicht beabsichtigt. Bezüglich der Ertüchtigung vorhandener Wege sei zudem bereits Kontakt mit den Kleingärtnern aufgenommen worden, die diesen Überlegungen offen gegenüber stünden.

Herr Jäkel bestätigt den bekundeten Willen der Kleingärtner hinsichtlich einer Ertüchtigung der existierenden Wege der Kleingartenanlage. Diese sollen für Fußgänger attraktiv gemacht werden und sind schon jetzt eine gern genutzte Strecke von Spaziergängern.

Bezüglich des Wertstoffhofes Neuendorfer Anger mahnt Herr Jäkel zur Besonnenheit. Die Suche nach einem neuen Standort sei bisher noch nicht erfolgreich. Der hiesige Standort wird deswegen noch lange unverzichtbar sein und dürfe nicht infrage gestellt werden.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 18/SVV/0374 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

zu 5 Sonstiges

Nichts.

Matthias Lack
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift